

Konstituierende Nationalversammlung. — 26. Sitzung am 28. Juli 1919.

134/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Finanzen, betreffend die finanzielle Grundlage und Deckung der verschiedenen, in letzter Zeit errichteten Lebensmittel-lager und Einkaufsstellen der Staatsangestellten.

In Deutschösterreich haben sich eine ganze Reihe von Lebensmitteleinkaufs- und Verteilungsstellen für Staatsangestellte gebildet. Für diese Gründungen hat die Regierung entsprechende größere Gründungsbeiträge bewilligt und ausbezahlt, um dadurch deren Betrieb zu ermöglichen. In den letzten Monaten nimmt der Geschäftsumfang dieser Anstalten derart zu, daß sie mit der Kredithilfe des Staates nicht mehr auskommen und zur Aufnahme von Privatcredit gezwungen sind. Der letztere erreicht bei manchen dieser Anstalten oft die Höhe von Millionen Kronen. Für den Staat als Kreditgeber erwächst daraus die Frage, wie weit er für

diese Verschuldung dieser Lebensmittelbeschaffungsanstalten haftbar ist. Außerdem erscheint es notwendig festzustellen, ob der Staat für etwaige verlustbringende Geschäfte dieser Lebensmitteleinkaufsstellen, wie solche in der jetzigen Übergangszeit zur bald eintretenden Friedenswirtschaft leicht vorzukommen können, die Garantie übernimmt.

Darum fragen die Gefertigten an:

„Welche finanzielle Grundlage diese Lebensmittelanstalten zugebilligt erhielten und wie weit die Garantie des Staates für deren Geschäfte reicht?“

Wien, 28. Juli 1919.

Dr. Ursin.
Dr. Dinghofer.
Thanner.
Grahamer.
Kittinger.

Schürff.
Waber.
Größbauer.
Altenbacher.
Schöchtner.
Wedra.